Schlechte Versprechen | Seite 2
Koalitionsvertrag von CDU und SPD

Gute Arbeit | Seite 4 und 5
DIE LINKE unterstützt die Tarifkämpfe

Neue Hilfen | Seite 8
Klimasozialfonds der EU

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

#03 klar.links
Mai/Juni 2023
33. Jahrgang

Meine Sicht.

Premium Grünflächen verdrängen Kinder

Am Dienstagabend platzte im Jugendhilfeausschuss (JHA) die Bombe: Das Spielmobil erhält keine Nutzungserlaubnis mehr für den Boxhagener Platz, die Weberwiese sowie den Theodor-Wolff-Park. Das Spielmobil ist seit Anfang der 90er Jahre eine feste Institution im Bezirk und den traditionellen Standorten Boxhagener Platz und Weberwiese. Begründet wird das Ganze mit so genannten Premium-Grünflächen bzw. Plätzen. Hier soll künftig kein Platz mehr für Kinder sein.
Von den Verdrängungen betroffen ist auch der Kinderkarneval der Kulturen. Als Ausweichort konnte zwar der Görlitzer Park gewonnen werden, trotzdem wird ein kulturelles Angebot in einem unserer sozialen Brennpunkte somit beerdigt.
Mittlerweile ringen SGA und Jugendamt hinter den Kulissen um einen Kompromiss. Doch wie soll der aussehen und den betroffenen Kindern vermittelt werden? Uns als LINKE sind vor allem zwei Punkte wichtig: erstens muss schnell eine Lösung gefunden werden, denn jetzt beginnt die Saison. Zweitens darf wichtigen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für Kinder nicht die Nutzung von Grünflächen untersagt werden. In einem Stadtteil, in dem Grünflächen knapp sind darf kein Platz für »Rasenbetreten verboten«-Schilder sein.

Kolja Fuchslocher, Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg für DIE LINKE

Jetzt streikt's!

Die massiven Preissteigerungen des letzten Jahres haben viele Menschen hart getroffen. Auch bei uns in Friedrichshain und Kreuzberg. Die Hilfsprogramme der Bundesregierung sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie haben die realen Einkommensverluste bestenfalls ein wenig verlangsamt, und der drastische Anstieg der Lebenshaltungskosten geht leider weiter.
Auch für die Gewerkschaften war es nicht leicht, kurzfristig auf die plötzliche Preisexplosion zu reagieren. Viele Tarifverträge waren bereits 2021 oder früher vereinbart worden und so im vergangenen Jahr erst einmal nicht kündbar. Selbst wer in einem tarifgebundenen Unternehmen arbeitet, musste dadurch 2022 meist einen Reallohnverlust hinnehmen: im Schnitt minus fünf Prozent, weil die steigenden Preise die bereits erkämpften Lohnzuwächse mehr als auffraßen. Für diejenigen, die gar nicht erst unter den Schutz eines Tarifvertrages fallen, sah es meist noch schlechter aus.
Umso wichtiger, dass jetzt immer mehr Beschäftigte mit ihren Gewerkschaften gegen diese Entwicklung aufbegehren. Sie fordern zumindest einen echten Inflationsausgleich und verleihen dem mit Streiks kräftig Nachdruck: in der Metall- und Elektroindustrie, bei der Post, an den Flughäfen, bei den Bahnunternehmen, in den öffentlichen Krankenhäusern sowie in vielen weiteren Bereichen des Öffentlichen Dienstes – und voraussichtlich bald auch im Einzelhandel.
Erste Erfolge zeigen: Wer entschlossen kämpft, kann so kräftige Lohnerhöhungen durchsetzen. Entsprechend nervös reagieren die Arbeitgeberverbände. Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erdreiste sich bereits, die Einschränkung des Streikrechts zu fordern. Die Gewerkschaften wie auch DIE LINKE stellen sich einem solchen Ansinnen mit aller Vehemenz entgegen. Denn Tarifverhandlungen ohne Streikrecht, das wäre nichts anderes als kollektives Betteln.
Klar ist auch: Gute Tarifabschlüsse sind besser für alle. Denn höhere Löhne führen in der Folge auch zu einem höheren Rentenniveau. Und sie wirken sich mittelfristig positiv auf das gesamte Lohnniveau aus. Doch allein damit ist es nicht getan. Was wir brauchen, ist eine Bundesregierung, die die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften aktiv dabei unterstützt, dass wieder mehr Menschen von Tarifverträgen geschützt werden. Aktuell ist dies nur noch jeder Zweite!
Was es braucht, sind konsequente Maßnahmen gegen Tarifflucht und für die Ausweitung der Reichweite von Tarifverträgen. Und natürlich muss auch der Mindestlohn weiter angehoben werden. Ein Mindestlohn von 12 Euro ist angesichts der jüngsten Preisexplosion jedenfalls schon jetzt kaum mehr existenzsichernd. Auch dafür wird DIE LINKE zusammen mit den Gewerkschaften weiter Druck machen.

Pascal Meiser, Mitglied des Deutschen Bundestags

Foto: freepik

Gedanken zum Koalitionsvertrag von CDU und SPD

»Für Berlin das Beste«-wow, bei so einer reißerischen Überschrift sind die Erwartungshaltungen verständlicherweise groß bei der Lektüre des jetzt vorliegenden Koalitionsvertrages.
Und so lese ich von vollmundigen Ankündigungen über Verstetigung von Landesprogrammen z. B. für Alleinerziehende, der Regelfinanzierung von Frauenprojekten und ausreichenden Schutzplätzen für von Gewalt betroffene Frauen. Leider findet sich im Kapitel zu Haushalt und Finanzen zur Finanzierung dieser wichtigen Anliegen nichts. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen zusätzlich 1.000 neue Kräfte bei Polizei, Feuerwehr sowie dem Landesamt für Einwanderung beschäftigt sein. Wie gewinnt und bindet man die? Und sensibilisiert die Kolleginnen und Kollegen in diesen Bereichen für die sehr heterogene Bewohnerschaft unserer Stadt? Ich hoffe, es gibt in den nächsten Monaten ein paar Antworten auf diese und noch mehr Fragen, die sich nach dem Lesen des Koalitionsvertrages ergeben.
Bei der direkten Demokratie sind wir in den letzten Jahren in dieser Stadt auf einem guten Weg gewesen, auch wenn anderswo die Hürden noch niedriger sind. Allen in Erinnerung ist eine breite Zustimmung von Berlinerinnen und Berlinern für den Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen. Das war allerdings nie Herzensangelegenheit von Franziska Giffey. Deshalb wundert es wenig, wenn jetzt von einem »Vergesellschaftungsrahmengesetz« die Rede ist, welches die Grundlage für mögliche Vergesellschaftungen bilden soll. Dieses Gesetz tritt zwei Jahre nach seiner Verkündigung in Kraft. Damit wird genug Zeit gewonnen, die Dinge im Sande verlaufen zu lassen und die Umsetzung des Volksentscheides zu verschleppen.
Auch der erfolgreiche Volksentscheid zur Nichtbebauung des Tempelhofer Feldes steht zur Disposition. In Zeiten von Klimakrise und deren bereits spürbaren Folgen soll dieser einmalige Ort eine Randbebauung erhalten. Der Plan ist ein städtebaulicher Wettbewerb, mit dem Fakten geschaffen werden. Über dessen Ergebnisse findet die nächste Abstimmung statt. Und dann wird so lange abgestimmt, bis es dem Senat passt?
Diese genannten Beispiele zeigen deutlich, wie wenig der Koalition aus CDU und SPD an direkter Demokratie und dem Respekt vor demokratischer Mitbestimmung gelegen ist. Meine Partei DIE LINKE muss gemeinsam mit der Stadtgesellschaft solchen Entwicklungen öffentlichkeitswirksam entgegentreten. Denn auch uns gehört die Stadt.

Regine Sommer-Wetter, Mitglied der BVV-Fraktion für DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg

Foto: Freepik.com/Wirestock

A100-Ausbau erfährt Renaissance – OHNE UNS!

Während die Regierung unter Beteiligung der LINKEN noch gemeinsam vereinbart hatte, den Weiterbau der A100 nicht voranzutreiben, schlägt der neue CDU-Bürgermeister Kai Wegner gegensätzliche Töne an. Bereits in ihrem Wahlprogramm forderte die CDU den Weiterbau der A100 vom Treptower Park bis zur Storkower Straße im 17. Bauabschnitt. Ironischerweise ist die Rede von einer »Klimaautobahn«, weil die Autobahn nach den Plänen der CDU ein Solardach bekommen soll.
Eine tatsächliche Klimaautobahn wäre allerdings keine Autobahn. Der Plan zum Weiterbau der A100 gehört also längst auf den Müllhaufen der Geschichte. Doch leider erfährt er mit der Ampel im Bund und Schwarz-Rot in Berlin eine Renaissance.
Dabei spricht fast alles dagegen. Die A100 im 17. Bauabschnitt wäre die teuerste Autobahn, die je in Deutschland gebaut würde. Der Weiterbau der Berliner Stadtautobahn würde ein Milliardengrab werden und eine Schneise der Umwelt- und Kiezzerstörung durch Ost-Berlin schlagen.
Deswegen müsste jetzt schnell der Flächennutzungsplan geändert und die Planungsbehörde zurückgeholt werden. Berlin muss zudem den Bedarf gegenüber dem Bund abmelden und der Bauabschnitt aus dem Gesetz und Bundesverkehrswegeplan gestrichen werden.

Doch nicht mit Kai Wegner. Statt sich auf den Ausbau des ÖPNV zu konzentrieren und hier massiv zu investieren, lästert die CDU lieber über die temporäre Einführung der 9- und 29-Euro-Tickets der Rot-Grün-Roten Regierung. Wie viele 9-Euro-Tickets könnte man den Berliner*innen eigentlich mit der Milliarde Euro finanzieren, die allein der 17. Bauabschnitt der A100 kosten würde? Es darf ja mal gefragt werden. Nein, das sollten alle laut fragen, die lieber besser ausgebaute und bezahlbare Busse und Bahnen in Berlin hätten als mit dem Auto im Stau zu stehen oder den Feinstaub an der Frankfurter Alle einzuatmen. Hier würde die Belastung mit giftigen Abgasen, wie Kohlenmonoxid, Stickoxide und Schwefeldioxid und Rußpartikeln durch den Ausbau der Autobahn noch weiter zunehmen. Dabei gehört die Frankfurter Allee bereits heute deutschlandweit zu den Straßen mit der höchsten Luftbelastung.
Wer angesichts der gesundheitlichen Folgen der Feinstaubbelastung durch den Autoverkehr, angesichts von Klimawandel und perspektivisch weiter steigenden Kosten für fossile Kraftstoffe weiterhin am Autobahnausbau festhält, ist offenbar ideologisch verbohrt. Damit ist Kai Wegner in seiner neuen kleinen GroKo auch nicht allein. Mit Franziska Giffey hat er eine Freundin der A100 an seiner Seite.

Die neue Regierung beweist ein weiteres Mal, dass sie nichts anderes ist als eine Rückschrittskoalition.

Bianca Theis

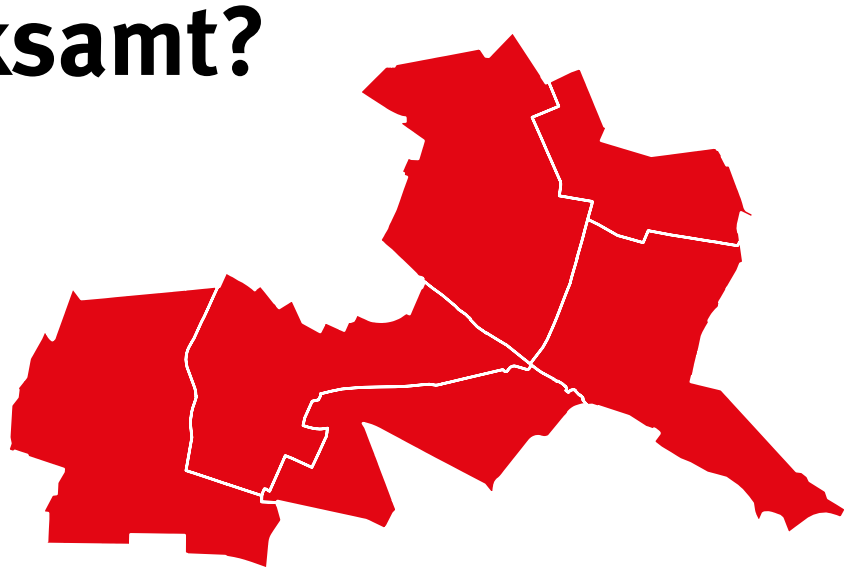
Kerstin Wolter, Co-Bezirksvorsitzende der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg

Groko heißt massiven Rückschritt in Migrationsfragen!

In migrationspolitischen Fragen bedeutet die Koalition aus SPD und CDU einen massiven Rückschritt. Das Giffey und Co sich aus offensichtlich parteistrategischen Gründen und für mehr Senatsposten zum Steigbügelhalter für eine rassistische und neoliberale CDU im roten Rathaus machen, ist eine Schande!
Die rassistische Instrumentalisierung der Silvesterdebatte durch die Vornamensabfrage der Berliner CDU ist nicht vergessen. Von dieser Demütigung für über ein Drittel der Berliner*innen hat sich die CDU weder distanziert noch ist das ein Hinderungsgrund für die SPD-Führung. Es reicht aber nicht ein Bekenntnis zu Vielfalt in den Koalitionsvertrag zu schreiben. Was zählt ist, mit welchen Aussagen Regierungspolitiker*innen das gesellschaftliche Klima prägen und was im Koalitionsvertrag verabredet wurde und was umgesetzt wird. Für die Rechte von 23 Prozent der Berliner*innen, die mangels deutschem Pass, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, interessiert sich die GroKo jedenfalls nicht. Der Einsatz für das Wahlrecht für alle, den R2G auf Initiative der Linksfraktion vorangetrieben hat, ist gestrichen. Gestrichen sind im Vertragstext auch unsere Landesaufnahmeprogramme, mit denen Berlin aus den Elendslagern des Libanons und andernorts Geflüchtete und Familienangehörige von Berliner*innen aufgenommen und ein würdevolles Leben ermöglicht hat. Dabei gibt es so wenig sichere Fluchtwege gegen das Massensterben an den EU-Außengrenzen.
Der Koalitionsvertrag ist auch geschichtsvergessen, wenn er kein Wort mehr zum Bleiberecht von Romn:ja verliert. Während unter R2G galt, dass alle landesrechtlichen Spielräume für ein Bleiberecht ausgenutzt werden müssen. Stattdessen spüren Romn:ja schon jetzt den neuen Wind in der Migrationspolitik: Schon Mitte April kurz vorm Regierungswechsel kam es zu vermehrten Abschiebungen nach Moldau, auch von kranken Menschen und Familien. Dabei wäre der Einsatz für ein bundesweites Aufnahmeprogramm für diese europaweit und vor allem in Moldau von Diskriminierung und Vorenthaltung wesentlicher Rechte wie Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnungen und Sozialleistungen betroffenen und im Nationalsozialismus massenhaft ermordete Minderheit schon aus historischer Verantwortung, wie unter R2G verabredet, geboten. Auch die Vermeidung von Nachtabschiebungen sind nicht mehr Teil des Koalitionsvertrags stattdessen wird die von R2G abgeschaffte inhumane Abschiebehaft wieder eingeführt.
An der Seite der Geflüchteten, von Initiativen und Zivilgesellschaft werden wir gegen Abschiebungen Schutzsuchender und diese repressive Migrationspolitik der GroKo kämpfen!

Elif Eralp, Mitglied im Abgeordnetenhaus für DIE LINKE

Die Wiederholungwahl und ihre Folgen: Wie weiter im Bezirksamt?



Bis zur Wiederholungwahl in Berlin waren wir im Bezirksamt mit zwei Mitgliedern vertreten. Neben mir als Stadtrat für Arbeit, Bürgerdienste und Soziales und stellvertretenden Bezirksbürgermeister verantwortete Regine Sommer-Wetter den Geschäftsbereich Jugend, Familie und Gesundheit. Nachdem wir nun etwas mehr als ein Jahr amtiert haben, kann festgehalten werden, dass die Vorteile sichtbar und spürbar geworden sind, wenn alle Bereiche, die sich um Daseinsvorsorge und im weitesten Sinne soziale Leistungen zu kümmern haben in der Verantwortung von LINKEN sind. Erste Projekte, die wir gemeinsam geplant hatten, sind gerade gestartet oder waren kurz vor der Umsetzung.
Insofern ist es – trotz aller Freude, dass wir unsere Ergebnisse in unserem Bezirk prozentual nahezu halten konnten – geradezu ein Schock gewesen, als im Laufe der Wahlnacht immer klarer wurde, dass zukünftig der CDU im »linksgrün-versifften« Friedrichshain-Kreuzberg ein Mandat im Bezirksamt zustehen würde. Aufgrund von etwas um hundert Stimmen, die uns letztlich gefehlt haben, zu Lasten der LINKEN.
Regine Sommer-Wetter hat zwischenzeitlich ihr Bezirksverordnetenmandat angenommen und ist aus dem Bezirksamtskollegium ausgeschieden. Die CDU hat in der März-Sitzung der BVV noch niemanden nominiert, inzwischen wird allerdings der Name des Bezirksverordneten Max Kindler offiziell bestätigt. Es wird sich zeigen müssen, ob es möglich ist mit dem neuen Kollegen eine gedeihliche Zusammenarbeit gestalten zu können und die begonnen Projekte im bisherigen Stil fortzuführen. Dies ist nicht ausschließlich am Parteibuch festzumachen und gerade die Bezirks-CDU hat bewiesen – wie zuletzt bei der Etablierung von Safe Places am Ostbahnhof – dass sie sich kreativen, neuen Ansätzen nicht verschließt.
Für die zukünftige kommunalpolitische Arbeit und die Zusammenarbeit im Bezirksamt ergeben sich unabhängig davon durch die Entwicklungen auf Landesebene neue Herausforderungen: Trotz des CDU-Erfolges ist unser Bezirk immer noch derjenige, wo die LINKE deutlich die zweitstärkste Fraktion in der BVV stellt und weiterhin wichtige Ressorts verantwortet. Wenn nun auf Landesebene sich eine schwarz-rote Zusammenarbeit anbahnt (zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Beitrages lag das Ergebnis der SPD-Mitgliederbefragung noch nicht vor) bedeutet das auch, dass man das Binnenverhältnis im Bezirk neu bewerten muss. Das klare Signal der SPD an uns und B90/Grüne, dass man unsere Parteien nicht für verlässlich regierungsfähig hält beinhaltet gleichzeitig den Auftrag, den Gegenbeweis anzutreten. Insbesondere dort, wo man über so deutliche gemeinsame Mehrheiten verfügt, wie in Friedrichshain-Kreuzberg.
Im BA werde ich meinen Schwerpunkten weiter folgen: Ausbau der sozialen Infrastruktur, weitere Stadtteilzentren und Senioren- bzw. Mehrgenerationenangebote, Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und der Einsatz für gute Arbeit stehen weiterhin ganz oben auf meiner politischen Agenda. Ungeachtet eventueller übergeordneter strategischer Interessen werde ich weiterverfolgen – gern mit allen bezirksamtstragenden Fraktionen und BA-Mitgliedern; aber auch ohne Konflikte zu scheuen.

Abschließen möchte ich mit einem ganz persönlichen Dank an Regine Sommer-Wetter. Es waren großartige 15 Monate und ich denke, wir haben gemeinsam einiges bewegt. Ich freue mich auf viele weitere Jahre Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik!

Oliver Nöll, stellvertretender Bezirksbürgermeister, DIE LINKE

+ + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + +

Standorte sichern – Bebauungspläne stoppen

Galeria Karstdt Kaufhof hält die Vereinbarungen nicht ein

Durch die erneute Insolvenz der Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof GmbH sind in Berlin hunderte Arbeitsplätze akut in Gefahr. Bundesweit sollen 47 der 129 Filialen geschlossen werden und rund 4.000 Stellen wegfallen. Für Berlin hat die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Insolvenzverwalter die Schließung der beiden Kaufhäuser in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg und am Leopoldplatz im Wedding angekündigt. Auch für die übrigen Standorte drohen ein drastisches Sparprogramm und der Abbau von bis zu 20 Prozent des Personals. In der Filiale am Herrmannplatz soll in einem ersten Schritt die Lebensmittelabteilung geschlossen werden. Diese Schrumpfstrategie ist nichts weiter als ein Tod auf Raten. Denn mit noch weniger Personal und ausgedünntem Angebot können die Kaufhäuser noch weniger gegenüber dem Online-Handel bestehen. Sie verlieren ihren Wettbewerbsvorteil, der gerade in einer guten Beratung und Betreuung der Kunden durch den persönlichen Kontakt mit einer Verkäuferin liegt.

Der Pleitekurs ist nicht unvermeidbar. Mit entsprechenden Investitionen könnten die Kaufhäuser fit für die Zukunft gemacht und dauerhaft wirtschaftlich betrieben werden. Sie müssen mit einer guten Beratung attraktiv für Kunden sein und mit hybriden Verkaufsmodellen auch Online-Käufe ermöglichen. Doch der Signa-Konzern, dem die Galeria Karstadt Kaufhof GmbH gehört, weigert sich, die notwendigen Investitionen in die Kaufhäuser vorzunehmen. Der Grund: Signa hat kein Interesse an den Warenhäusern. Sie stehen dem Geschäftsmodell des Konzerns eher im Wege. Denn Signa will die Immobilien, die sich in Berlin in Top-Lagen befinden, anders verwerten. Geplant sind Aufwertungen, Luxusgeschäfte und Büroflächen, die mehr Geld bringen. Während der Mutterkonzern Signa mit seinen Immobiliengeschäften jährlich hunderte von Millionen Gewinn macht, lässt er die Kaufhaussparte so erneut in die Insolvenz rutschen.
Das Land Berlin hat versucht, den Signa-Konzern dazu zu bringen, die notwendigen Investitionen in die Kaufhaussparte vorzunehmen und die Standorte in Berlin abzusichern. Im August 2020 wurde eine Vereinbarung mit dem Senat unterzeichnet. Darin hat sich der Signa-Konzern verpflichtet, u.a. die Standorte in der Müllerstraße im Wedding, in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg und am Herrmannplatz in Kreuzberg zu erhalten. Angestrebt wird nach der Vereinbarung eine Sicherung der Arbeitsplätze für mindestens zehn Jahre. Im Gegenzug sollten Bebauungspläne aufgestellt werden, die Signa den Umbau der Gebäude am Herrmannplatz und am Kurfürstendamm ermöglichen. Diese Vereinbarung war von Anfang an sehr umstritten. Denn es ist davon auszugehen, dass der luxuriöse Umbau am Herrmannplatz zu einer starken Verdrängung kleiner Geschäfte im Kiez führen würde.
Durch die erneute Insolvenz der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH ist die Geschäftsgrundlage der Vereinbarung aus 2020 entfallen. Die Kaufhauskette ist gar nicht mehr in der Lage, die Berliner Standorte abzusichern und den Erhalt der Arbeitsplätze für mindestens 10 Jahre anzustreben. Deshalb fordern wir den Senat auf, auch die Arbeit an den Bebauungsplänen einzustellen. Es darf keine Zugeständnisse an einen Konzern geben, der tausende Arbeitsplätze wegfallen lässt, obwohl er Millionengewinne macht. Signa muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unter Druck gesetzt werden, damit die notwendigen Investitionen erfolgen und alle Berliner Kaufhausstandorte gesichert werden.

Damiano Valgolio auf der Kundgebung gegen die Schließung von Galeria Karstadt Kaufhof
Foto: privat

Damiano Valgolio, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Für bessere Arbeit bei Uber, Helpling und Co.

In Friedrichshain-Kreuzberg sind sie überall zu sehen: die Fahrer*innen von Uber, Lieferando, Bolt und Co. Unser Bezirk ist ein Hotspot für digital vermittelte Fahrten, Essenslieferungen und andere Dienstleistungen. Doch wie sind die Arbeitsbedingungen derjenigen geregelt, die über digitale Plattformen vermittelt tätig sind? Lieferando, Getir, Wolt und andere haben inzwischen darauf umgestellt, ihre Rider fest anzustellen. Damit sind nicht automatisch alle Probleme vom Tisch. Ungelöst bleiben, dass Algorithmen und Boni-Systeme zu Zeitdruck, Hetze und gefährlichem Fahrverhalten führen. Auch das zum Teil aggressive Gebaren der Unternehmen gegen Betriebsräte und Gewerkschaften muss deutlich kritisiert werden. Aber die Kollegen*innen sind sozial abgesichert, können Betriebsräte gründen und sich für einen Tarifvertrag organisieren.
Uber, Bolt oder auch Helpling verstehen sich hingegen vorrangig als Vermittler gegenüber Sub-Unternehmen oder Solo-Selbständigen. Wer online eine Reinigungskraft »bucht«, hat den Eindruck, diese sei selbständig tätig, eigenständig sozial abgesichert und die digitale Plattform würde nur vermitteln. In der Realität ist die Person aber mit hoher Wahrscheinlichkeit nur für diese eine Plattform tätig und finanziell abhängig. Die Plattform diktiert Preise, Termine, Orte und kassiert noch bis zu einem Viertel Provision! Die Plattform übernimmt funktional die Rolle des Arbeitgebers jedoch ohne Anstellung, Arbeitsvertrag oder sozialen Schutz. Fundamentale Rechte wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Mindestlohn oder bezahlter Erholungsurlaub werden so vorenthalten. DIE LINKE will ortsgebundene Plattformarbeit grundsätzlich als abhängige Beschäftigung mit der entsprechenden sozialen Absicherung einstufen. Gegenwärtig wird es Plattformbetreibern viel zu leichtgemacht, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Für uns ist klar: Wer wie ein Arbeitgeber die Regeln bestimmt, der ist auch einer! Beschäftigten müssen auch über Plattformen die vollen Arbeits- und Mitbestimmungsrechte sowie Sozialversicherungsschutz zustehen.

Auch auf europäischer Ebene wird diskutiert, wie bessere Arbeitsbedingungen für Kurierfahrer*innen, Reinigungskräfte und andere in der Gig Economy geschaffen werden können. Die 2021 von der EU-Kommission vorgeschlagene »Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit« soll einheitliche Maßnahmen und Kriterien zur besseren arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung von Plattform-Beschäftigten und mehr Transparenz und Arbeitgeberverantwortung in diesem Sektor einleiten. Kern der Richtlinie ist, dass unter bestimmten Bedingungen grundsätzlich ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis vermutet wird. Die Plattform müsste dann erst einmal das Gegenteil beweisen.

Romana Wittmer, Mitglied der LINKEN und Beauftragte für »Gute Arbeit« im Bezirk

+ + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + +

+ + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + +

Was feiern wir am 1. Mai?

1. Mai 2023: Wir sehen uns auf dem Mariannenplatz!

Der 1. Mai ist in Deutschland ausgerechnet seit 1933 Feiertag. Mit den Nazis hat dieser Tag aber nichts zu tun. Der »Tag der Arbeit« wird seit 1889 gefeiert und ist eng mit dem Kampf um den 8-Stundentag verbunden. »Nur noch« 8 Stunden zu arbeiten, ist heute eine Selbstverständlichkeit, aber das war sehr lange nicht so. In Chicago demonstrierten daher vor über 127 Jahren tausende Beschäftigte für die Abschaffung des 12-Stundentages. Für eine 12-Stundenschicht bekamen sie nur ganze 2–3 Dollar Lohn am Tag erhielt. Bei der Demonstration kam es zu Ausschreitungen. Dabei warf ein Unbekannter eine Bombe auf einen Polizisten, der seinen Verletzungen erlag. Die Organisatoren um den Deutschen August Spies wurden dafür hingerichtet. Das wiederum hatte einen internationalen Aufschrei zur Folge. Die 2. Arbeiterinternationale beschloss daraufhin den 1. Mai jedes Jahr als Kampftag für den 8-Stundentag zu begehen und so an die Toten des Chicagoer Haymarket zu erinnern.

Es brauchte dann noch über 30 Jahre und in Deutschland eine Revolution bis der 8-Stundentag Wirklichkeit wurde. Die Nationalsozialisten versuchten diesen Tag dann 15 Jahre für sich zu vereinnahmen, indem sie ihn zu einem Feiertag machten. Ihr »Geschenk« an die Arbeiter*innen war aber mehr als vergiftet. Schon am 2. Mai 1933 ließen sie die Gewerkschaftshäuser stürmen und steckten viele aktive Arbeiter*innen in die provisorischen Gefängnisse. Sämtliche Arbeiterorganisationen und Vereine wurden verbunden. Viele aktive Gewerkschafter*innen, Sozialdemokratinnen und Kommunisten wurden umgebracht. Anders als für Ärzt*innen, Jurist*innen und andere akademische Berufsgruppen erhielten die Arbeiter*innen nach 1933 keine eigene Organisation. Sie mussten gemeinsam mit den Unternehmern in der Deutschen Arbeitsfront Mitglied werden. De facto wurde die Interessenvertretung der Beschäftigten abgeschafft und den Unternehmern untergeordnet.

Der 1. Mai ist damit mehr als »normaler« Feiertag. Er erinnert daran, dass unsere Rechte keine Selbstverständlichkeit sind. Der 8-Stundentag ist nicht vom Himmel gefallen. Schon seit über zwei Jahrhunderten versuchen Kolleginnen und Kollegen für kürzere Arbeitszeiten und bessere Bezahlung zu streiken. Auch heute gibt es seitens der Unternehmerverbände wieder die Forderung nach einer 42-Stundenwoche und der Rente mit 70. Gleichzeitig greifen rechte Regierungen wie in Polen oder Ungarn die Rechte von Gewerkschaften und Beschäftigten massiv an. Arbeitsrechte, Demokratie und Antifaschismus sind mit dem 1. Mai aufs Engste verbunden. Auch in Erinnerung daran treffen wir uns am 1. Mai auf dem Mariannenplatz. Wir sehen uns!

Janis Ehling, Vorsitzender des Haushaltsausschusses in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg und arbeits- und gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der BVV

Her mit dem Inflationsausgleich!

Während die Beschäftigten seit Monaten um 10 bis 13 Prozent mehr Lohn kämpfen, machen sich manche Bosse die Taschen voll.

Das Jahr 2023 begann, wie das alte Jahr endete: Mit Tarifkämpfen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingen. Mindestens einen Inflationsausgleich forderten die Beschäftigten. Zurecht! Bei fast 10 Prozent Inflation und einem Reallohnverlust von über 4 Prozent müssen auch die Löhne angeglichen werden.

Und so stritten und streikten die Arbeitnehmer*innen zusammen mit den Gewerkschaften. Im Herbst waren es die Metaller, im neuen Jahr streikte unter anderem die Deutsche Post, die Textilindustrie und dann legten die Beschäftigten der Deutschen Bahn und auch die im Öffentliche Dienst ihre Arbeit nieder. Während die ersten drei erfolgreich aus den Verhandlungen gingen, lag zum Zeitpunkt, als dieser Artikel verfasst wurde, für den öffentlichen Dienst lediglich ein Schlichtungsangebot vor, dass noch angenommen oder nachverhandelt werden musste. Für die Bahnangestellten ist eine Einigung noch offen.

Begleitet wurden die Tarifkämpfe nicht selten von kritischen Kommentaren, meistens von der Arbeitgeberseite oder irgendwelchen Liberalen, die beide meinten, in Zeiten von Inflation und Energiekrisen seinen nun mal eben keine Lohnerhöhungen drin, alle müssen den Gürtel enger schnallen.

Alle? Nun ja … nicht alle: Kurz vor Ostern machte die Meldung Schlagzeilen, wonach der Chef der Deutschen Bahn Richard Lutz seine Bezüge mit einem Bonus verdoppelt hat. Das heißt unterm Strich 100 Prozent mehr Gehalt für einen Bahn-Chef, der für die unpünktlichste Bahn seit 10 Jahren, für fehlende Investitionen und eigentlich alles, was bei der Bahn schief läuft, verantwortlich ist. Diese Verdoppelung dank Boni bekamen auch sämtliche Vorstandsmitglieder der Bahn. Mehr Einkommen und Sonderzahlungen ohne langwierige Tarifkämpfe und Streiks – davon kann jede*r Bahnmitarbeiter*in nur träumen kann. Denn für die Beschäftigten steht jede Einigung noch aus und ob ihre Forderung von (im Vergleich zu Lutz Einkünften) mageren 12 Prozent überhaupt annähernd erfüllt wird, steht auf einem ganz anderen Papier.

Ähnliches war auch bei der Post zu beobachten. Der Deutsche Postkonzern konnte zwischen 2020 und 2022 seine Gewinne um satte 73 Prozent steigern. Für die Beschäftigten ist es deshalb selbstverständlich, dass 15 Prozent Lohnsteigerung sein muss. Auch, weil viele Postfrauen und -männer in den untersten Tarifstufen angestellt sind, häufig befristete Verträge bekommen und aufgrund von fehlenden Fachkräften stark belastende Arbeitsbedingungen haben.

Angesichts der hohen Teuerungsraten bei Lebensmitteln, Energie und der immer weiter steigenden Mieten, sind die Forderungen der Gewerkschaften von 10 – 13 Prozent mehr Lohn absolute Untergrenze. Wer gute Arbeit will, muss für gute Arbeitsbedingungen sorgen und auch gute Löhne zahlen – bei den Bossen geht's doch auch.

Yvonne Hein, stellv. Bezirksvorsitzende der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg

+ + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + +

Foto: Karl-Heinz Ludewig

Klimaresilienz: Entsiegelung verhundertfachen

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sind 22,8 Prozent der Fläche versiegelt, ein Spitzenwert (berlinweit sind es nur 9,6 %). Regenwasser kann dort nicht in den Boden versickern, sondern fließt in die Kanalisation ab oder verdunstet. Die Grundwasserstände sinken seit Jahren. Bei Starkregen wird die Kanalisation geflutet und es kommt zum Überlauf in den Landwehrkanal und die Spree mit der Folge toter Fische. Den Pflanzen kommt der Regen so aber nicht zugute. Mit einer Mischwasser-Abkoppelung soll die Häufigkeit von Einleitungen in die Gewässer (bis zu 70-mal im Jahr) verringert werden. Dabei kommt es darauf an, möglichst viel Regenwasser in den Boden eindringen statt in die Kanalisation abfließen zu lassen.

Hitzebelastung in den Straßen

Das Berliner Straßenland ist unterschiedlich hitzebelastet, abhängig von der Größe der Straßenfläche und der Beschattung durch Bäume ist das Stadtklima im Straßenraum in vielen Straßen ungünstig. So ist der Abschnitt der Skalitzer Straße zwischen Kottbusser Tor und Lausitzer Platz als ungünstig eingestuft, weil neben den Straßenbäumen auf beiden Seiten keine zusätzlichen Bäume direkt neben der U-Hochbahntrasse stehen, die im Abschnitt bis zum Schlesischem Tor vorhanden sind – dort ergibt sich gleich ein anderes, angenehmeres Raumgefühl. Angesichts zunehmender Hitzeperioden sind dringend Maßnahmen nötig, um Milderungen zu erreichen. Mehr Regenwasser sollte in den Boden versickern können, um für Pflanzen und Bäume zur Verfügung zu stehen und den Grundwasserspiegel auf verträgliche Höhen zu halten. Begrünung trägt dazu bei, Hitze in dicht bebauten Innenstadtlagen verträglicher zu machen. In diesem Jahr will der Bezirk dazu eine Baumleitplanung entwickeln, die Machbarkeiten und Schwerpunkte für Baumpflanzungen klärt. Als Ausgangsanalyse werden dazu Kronenprojektionsflächen vermessen und aus Gründen der Hitzebelastung notwendige Pflanzenstandorte mit dem unterirdischen Leitungsbestand abgeglichen. Neupflanzungen sind dringend nötig, denn im letzten Jahr sind 2000 Bäume gefällt worden. Und es ist zu befürchten, dass es in zukünftigen Jahren nicht weniger Fällungen werden, u. a. weil die Dürrejahre ihren Tribut fordern. Und vor dem Hintergrund der totalen Unterversorgung des baulich dichtesten Bezirks mit Grünflächen wird die ganze Dramatik deutlich: Zu wenig Grün, zu viel Hitze, zu wenig Regenwasser und das bei weiterer Verdichtung mit weiterer Versiegelung von unversiegelten und Grün-Flächen.

Danke für das schlechte Wetter

Seit den Hitzejahren ab 2018 ist ein Regendefizit von 600 Liter pro m² zum üblichen Durchschnitt aufgelaufen. In den ersten drei regenreichen Monaten des Jahres sind zwar zwischen 160 bis 180 Liter pro m² gefallen, was schon der Hälfte des gesamten Niederschläge des letzten Jahres entspricht (im März 2022 waren es sogar nur 1 bis 2 Liter), aber damit ist nur ein kleiner Teil der Dürresituation ausgeglichen. Je nach Stadtlage sind momentan die Bodenwasserspeicher bis in 1 Meter Tiefe gut gefüllt, sodass Bäume und natürlich alle kleineren Gewächse erst einmal aus dem Vollen schöpfen können. Das Knospenschwellen und der Austrieb einiger Gehölze bei ansteigenden Temperaturen im April zieht viel Wasser und dann kann es mit der Sättigung schnell wieder vorbei sein.

Versiegelung versus Entsiegelung

Berlinweit werden täglich (!) 3.000 m² versiegelt (zum Vergleich: ein Fußballfeld ist 7140 m² groß)., im Jahr schätzungsweise rd. 500.000 m² allein in Friedrichshain-Kreuzberg. Statt weiter Flächen z. B. durch den Bau von Gebäuden zu versiegeln, geht es um die Reduktion versiegelter Flächen. Das 2021 durch die BVV beschlossene Entsiegelungskonzept für den Bezirk sieht eine Verringerung versiegelter Flächen um 10 % bis 2026 vor. Das wären rd. 460.000 m² (zum Vergleich: Volkspark Friedrichshain 490.000 m²), also fast so viel wie jedes Jahr im Bezirk unter Beton verschwindet.

Woher nimmt man nun die zu entsiegelnde Fläche? Wo Gebäude stehen ist entsiegeln nicht möglich, daher kommen Brach- und Verkehrsflächen zuerst in Frage. Brachflächen gibt es im Bezirk nur noch wenige, dafür umso mehr Verkehrsfläche, teilweise wahnsinnig überdimensioniert. In einer Präsentation des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) zum Thema »Klimaresilienter Stadtumbau und Entsiegelung des Straßenlandes« vom November 2022 wird als Ziel ausgegeben, 10 Prozent der Parkplätze und 10 Prozent der hitzebelasteten Straßenflächen zu entsiegeln. Parkplätze auf öffentlichem Straßenland gibt es rund 38.000 im Bezirk, das entspricht rund 450.000 m². 10 Prozent davon sind 45.000 m², also mehr als einhundertmal soviel, wie am Lausitzer Platz 2023 als eines der ersten Projekte entsiegelt wurde. Dort wurden Parkplätze auf 5 Flächen mit insgesamt 440 m² Größe den Anwohner*innen zur Begrünung zur Verfügung gestellt (siehe Foto). Das beschlossene Entsiegelungskonzept sieht eine Verringerung versiegelter Flächen um 10 Prozent bis 2026 vor, also rd. 460.000 m². Die gewonnene Fläche am Lausitzer Platz bedeutet also nur ein Tausendstel der Zielmarke für in drei Jahren. Die weiteren vom Bezirksamt vorgestellten 11 Projekte zum klimaresilienten Stadtumbau mittels Entsiegelung wie Görlitzer Ufer, Paul-Lincke-Ufer, Dragonerareal oder Parkplatz Koppen-, Ecke Palisadenstraße sind ein zarter Anfang, aber angesichts der Dimension des Problems müssten sie hundertfach kopiert werden.

Die Nachverdichtung durch Wohnungs- oder anderem Häuserbau versiegelt kontinuierlich Flächen, eine flächensparende Baupolitik ist nicht in Sicht, bei einem Investorenfreundlichen Agieren von Schwarz-Rot schon gar nicht. In Zukunft dürfte nur auf versiegelten Flächen oder durch Aufstockungen von Wohn- und Gewerbebauten gebaut werden.

Dafür setzt sich das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung ein, ein Bündnis aus momentan 33 Initiativen (www.nachhaltigestadtentwicklung.berlin).

Unsere umweltpolitische Sprecherin in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Karolin Behlert, hatte im März Initiativen zu einer Diskussion über das Thema Entsiegelung eingeladen. Als ein Ergebnis soll daraus ein BVV-Antrag entstehen, der das bürgerschaftliche Urban Gardening in die Entsiegelungsbemühungen des Bezirks einbeziehen will.

Karl-Heinz Ludewig, AK Rote Beete für sozial-ökologischen Umbau

»Letzte Generation« – Ökoterroristen oder ziviler Widerstand?

Foto: bratispix/Flickr.com

Dass der Klimawandel menschengemacht ist, ist mittlerweile Konsens und wird von der Mehrheit akzeptiert. Wurde die Bewegung »Fridays for Future« vor einigen Jahren scharf kritisiert, so sind unterdessen die »for Future« Bewegungen fast schon eine Art Lifestyle geworden. Es ist schick, sich gegen den Klimawandel zu engagieren.

Eindringlich warnt der Weltklimarat (IPCC), dass die CO^2-Emissionen schneller steigen als erwartet und dringende Anpassungsmaßnahmen verschleppt werden. Finden die Warnungen von Weltklimarat und der allerorten präsenten Klimabewegung ihren Widerhall in der Politik? Am Berliner Klimavolksentscheid haben fast 2/3 der Wahlberechtigten nicht teilgenommen. Steht dahinter der Glaube, die Politik werde es schon regeln?
Das Papier des Koalitionsausschuss der Ampelkoalition ist entlarvend. Da werden mit fadenscheinigen Begründungen Dämonen beschworen, um die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen aufzuweichen: Deutschland mit seinen 2-Prozent-Anteil an den globalen Emissionen könne kaum etwas beitragen, das Erreichen der Pariser Klimaziele sei unrealistisch, Deutschland drohe die Deindustrialisierung und Klimapolitik müsse technologie-offen sein.
Statt über ein sozialverträgliches »Wie« des Klimaschutz nachzudenken, werden Mythen über eine auf grünen Wasserstoff basierte Industrie, E-Fuels für Autos oder die Elektromobilität löst alle Probleme, erdichtet. Die Frage, wie die Erneuerung fossiler Heizungsanlagen sozialverträglich gewährleistet werden kann, bleibt mit voller Absicht im Dunkeln.
Die Ampelkoalition und auch Schwarz-Rot hier in Berlin lügen, wenn sie den Menschen nichts zumuten wollen bzw. so tun, als gäbe es den Klimaschutz ohne massive Eingriffe in die Lebensverhältnisse der Menschen. Eine der wenigen Gruppen, die sich der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel stellt, ist die »Letzte Generation«. Deren friedlicher Protest und ziviler Widerstand wird nicht durch eine effektive Klimapolitik sondern durch die Forderung nach einer fünftägigen Präventivhaft oder die Überprüfung durch den Verfassungsschutz beantwortet. Das ist ein Angriff auf unser Demonstrations- und Versammlungsrecht.
Sind denn deren drei Forderungen nach Fortführung eines 9-Euro-Ticket, nach Tempo 100 auf Autobahnen und einem Klima-Gesellschaftsrat für verbindliche klimapolitische Entscheidungen so radikal? Erinnern uns die Klebeaktionen nicht an die Zeit der Suffragetten, die durch die Störung des öffentlichen Lebens das Frauenwahlrecht durchgesetzt haben? Ohne zivilen Ungehorsam und Widerstand gäbe es keine Arbeitnehmerrechte oder Gewerkschaften. Die Farbbeschmierung des Artikel 20a GG war keine Verunglimpfung des Grundgesetz, sondern sollte auf die Verantwortung des Staates für künftige Generationen hinweisen.

DIE LINKE steht für eine sozialökologischen Wandel: Die Transformation gelingt nur sozial- und klimagerecht.

Brunhilde Van hove, Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg

Schulreinigung – keine »Gute Arbeit«

Vor der großen Privatisierungs- und Entlassungswelle des früheren Finanzsenators Thilo Sarazin war die Schulreinigung noch in öffentlicher Hand. Die Reinigungskräfte wurden nach Tarif bezahlt und trugen direkte Verantwortung für ihren Reinigungsbereich. Seit der Privatisierung hat sich die Sauberkeit von Schulen erheblich verschlechtert, was immer wieder von Schülern, Lehrern und Eltern beanstandet wird. Auf Initiative von Einwohnern und der Linken forderte die Bezirksverordnetenversammlung das Bezirksamt im Februar 2020 auf, eine Studie zu den finanziellen Voraussetzungen für eine Rekommunalisierung zu erstellen. Sie wurde bis heute nicht durchgeführt.
Im April 2020 forderte die BVV das Bezirksamt auf, eine stufenplanmäßige Rekommunalisierung einzuführen. Dabei sei auf Eigenreinigung an mindestens 25 Prozent der Schulen zum Schuljahr 2022/2023 umzustellen. Diese sollte so schnell wie möglich begonnen und zum Schuljahr 2025/26 abgeschlossen sein. Zudem hatte die Koalition auf Landesebene im Koalitionsvertrag die Rekommunalisierung der Schulreinigung ab dem Jahr 2023 beschlossen. Das Bezirksamt sollte dafür die notwendigen Zusagen vom Senat für die Planung bekommen, um die gegenwärtigen Reinigungsverträge rechtzeitig auslaufen lassen zu können.
Da das ganze Jahr 2020 keine Fortschritte erkennbar waren, forderte im März 2021 die BVV erneut das Bezirksamt zum Handeln auf. Da auch hier keine Bewegung ersichtlich war, beschloss die BVV im Juni 2022 erneut, dass das Bezirksamt beim Senat sein Interesse als Pilotbezirk für eine die Rekommunalisierung ab 2023 anzumelden hat. Seit November 2022 nimmt tatsächlich ist ein Vertreter des Bezirksamts an der AG Schulreinigung beim Senat teil. Diese hat sich allerdings einen Zeitrahmen bis zum 3. Quartal 2023 gegeben, um nach fast einem Jahr erste Ergebnisse zu präsentieren. Dann sind allerdings die bezirklichen Stellenausweisungen für den Doppelhaushalt 2024/2025 bereits abgeschlossen.
Statt also wie 2020 beschlossen, wäre die Rekommunalisierung damit im Schuljahr 2025/2026 nicht bereits abgeschlossen, sondern nur in den ersten 4 Schulen als Pilotmaßnahme eingeführt. Das Vorgehen erinnert sehr stark an die Umsetzung des Volksentscheids »Deutsche Wohnen enteignen« – erst nicht behandeln, dann verzögern, dann in Kommissionen delegieren mit einem Zeitrahmen, der Vorschläge frühesten im übernächsten Doppelhaushalt umsetzen kann.
Neben schlecht geputzten Schulen werden vor allem die Reinigungskräfte belastet. Sie sollen in kürzestem Takt eine viel zu hohe Zahl von Quadratmetern und Tische säubern. Vergeben werden diese Reinigungsverträge ausschließlich nach dem niedrigsten Angebotspreis. Die Qualität von Reinigungsleistungen ist nicht vergaberelevant. Dass es auch anders geht zeigt das Vergabeverfahren für Schulessen. Der niedrige Angebotspreis von oft sehr kleinen Firmen beruht im Wesentlichen auf den Unkenntnissen deutschen Arbeitsrechts bei ihren vielen migrantischen Arbeitern. Deren Arbeitsbedingungen sind oft prekär, ihre Bezahlung weit unter Tarif, wenn sie überhaupt schriftliche Arbeitsverträge ausgestellt bekommen. In diesem Umfeld bewerben sich große, tariflich bezahlende Reinigungsfirmen kaum noch. Kontrollen der Arbeitsbedingungen haben am Rande der Legalität arbeitende Firmen nicht zu befürchten – im Bezirksamt gibt es dafür keine Stellen, beim Zoll beträgt die Kontrolldichte das Dreifache der durchschnittlichen Lebenszeit kleiner Reinigungsfirmen.
Umso wichtiger ist daher die Rekommunalisierung, für die Qualität der Reinigung, vor allem aber mit der Qualität »Guter Arbeit«.

Jörn Rieken, Mitglied der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg

Termine

Der Rote Laden
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:
Montag: 9–16 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,
Mittwoch: 11 bis 18 Uhr, Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Mai/Juni 2023

Bezirksübergreifende Veranstaltungen
- 1. Mai: Großes Mai-Fest auf dem Mariannenplatz

Ortsverband Friedrichshain Südost
- Mitgliederversammlung: 8.5. und 5.6., 19 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain Nordost
- Mitgliederversammlung: 4.5., 1.6 und 15.6., 19 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain West
- Wegen Neugründung für Termine und Veranstaltungen bitte per E-Mail anfragen.

Ortsverband Kreuzberg
- Mitgliederversammlung: 11.5. und 1.6., 19 Uhr jeweils im Familiengarten, Oranienstraße 34 (Hinterhof)
- Social Media AG Kreuzberg: 17.5. und 21.6., jeweils 18.30 Uhr, WKB Meiser/Eralp, Zeughofstraße 22

AK Rote Beete für sozial-ökologischen Umbau
Monatliches Treffen: 10.5. und 8.6. jeweils 18.30 Uhr, Wahlkreisbüro Meiser/Eralp, Zeughofstraße 22

Bürgerbüro Pascal Meiser, MdB
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

Bürger*innensprechstunde:
Do., 4.5., 15.30–17.00 Uhr, Kurt Tucholsky Bibliothek, Esmarchstraße 18 (Prenzlauer Berg) Do., 01.06., 16.30–18.00 Uhr, Wahlkreisbüro, Zeughofstraße 22 (Kreuzberg) Do., 29. 6., 16.30–18.00 Uhr, Roter Laden, Weidenweg 17 (Friedrichshain)

Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdA
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030/69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de
Öffnungszeiten: Mo, 10–16 Uhr und Mi, 12–18 Uhr

Bürger*innensprechstunde: 30.5. und 26.6. jeweils 16–18 Uhr

rechtliche Erstberatung für Aufenthalts- und Antidiskriminierungsrecht:
22.5. und 26.6. jeweils um 16–18 Uhr

Kontakt Damiano Valgolio, MdA
DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 0179/5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

Bürger*innensprechstunde: 24.5. und 28.6. jeweils um 16–17:30 Uhr, Roter Laden, um Anmeldung wird gebeten

Kostenlose Rechtsberatung: 25.5. und 22.6. jeweils 15–17 Uhr, Roter Laden, um Anmeldung wird gebeten

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Bürgersprechstunde: 5.5. jeweils 10.30–11.30 Uhr

Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich): 11.5. und 8.6. jeweils 15.30–17.30 Uhr

Klimasozialfonds – ein Novum europäischer Politik

Schauen wir nach Brüssel oder Straßburg, so haben wir oft und berechtigt allerhand Unbehagen und scharfe Kritik parat. Häufig werden bereits ausgehandelte Lösungen durch die Mitgliedstaaten blockiert. So wurde der Green New Deal immer wieder verwässert, denken wir nur an Deutschlands unrühmliche Rolle beim Verbrenner-Aus. Schnell wurden EU-seitig Gas- oder Atomkraft zu Übergangstechnologien erklärt, wenn Strukturfonds für einen gerechten Übergang in eine solare Wende ausgestaltet werden sollten. Noch dramatischer ist es, wenn die kleinsten Ansätze einer humanen Asyl- und Migrationspolitik inmitten des Ausverkaufs der hoch gerühmten Europäischen Werte – wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität – an den Außengrenzen der EU seit nunmehr 2017 im Europäischen Rat – also durch Uneinigkeit der Mitgliedstaaten – ausgesessen werden. Andererseits unternimmt die EU viel zu wenig, um internationale Konflikt- und Krisengebiete nachhaltig zu unterstützen und zu befrieden.
Mitten in diesen düsteren Schatten verfehlter EU-Politiken gibt es jedoch auch Licht und demokratische Errungenschaften, die insbesondere mit der einzig demokratisch gewählten EU-Institution, dem Europaparlament, verbunden sind. Sie gehen zurück auf eingeforderte Gesetzesvorschläge der Kommission, um zentralen Herausforderungen, wie dem Klimawandel zu begegnen. Sie betreffen die Suche nach geeigneten politischen Lösungen auf den Gebieten der Wirtschaft und Beschäftigung, Weiterbildung und Digitalisierung. Sie reichen bis zum sozialen Gefüge und dem Kulturaustausch unserer Gesellschaften. Denn viele reale Prozesse können im nationalen Rahmen kaum gelöst werden, denkt man nur an funktionierende Lieferketten, Migration, Digitalisierung und dem Klimawandel selbst.
Im Zuge der Pandemie wurde es erstmalig möglich, mit einer haushaltsgestützten Kreditaufnahme für das Europäische »Next-Generation-Programm« Investitionen zu finanzieren, um die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen der Pandemie abzufangen. Damit wurde zugleich die Politik der Schuldenbremse, wie sie mit dem Wirtschafts- und Stabilitätspakt nach der Finanzkrise 2007/2008 begründet wurde, auf den Prüfstand gestellt.
Nun, mitten im April 2023 wird ein weiteres Novum europäischer Politik, endgültig im Parlament verabschiedet, nachdem sich der Europäische Rat und die Kommission mit dem Parlament geeinigt haben: der Klimasozialfonds. Es geht dabei erstmalig in der EU-Politik um ein Paket, das Bürgerinnen und Bürgern, die von Energiearmut betroffen sind, direkt erreichen soll. Die Mitgliedstaaten müssen nach Rücksprache mit lokalen und regionalen Behörden, Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie der Zivilgesellschaft »Soziale Klimapläne« vorlegen. Die Pläne sollen Energie- und Mobilitätsarmut bekämpfen und können tatsächlich direkte Einkommensstützungsmaßnahmen, z. B. steuerliche Anreize, Gutscheine und Subventionen enthalten, als auch langfristige Investitionen in Gebäudesanierung oder erneuerbare Energien oder den Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖPNV stützen. Die Verordnung zum Klima-Sozialfonds ist Teil des breiter aufgestellten »Fit for 55«-Pakets. Nun müssen wir in den Mitgliedsstaaten den Regierungen auf die Finger schauen, wie sie den Klimasozialfonds umsetzen, sozial, gerecht und so, dass er bei Bürgerinnen und Bürgern ankommt als soziale Investition in unsere gemeinsame Zukunft.

Martina Michels, Mitglied im Europäischen Parlament für DIE LINKE

Diskussions- und Informationsveranstaltung:

Plattformarbeit – Was bedeutet die künftige EU-Richtlinie für Unternehmen und Beschäftigte in Friedrichshain-Kreuzberg?

Mittwoch, 17. Mai 2023 ab 17 Uhr im »bUm – Raum für solidarisches Miteinander« (Paul-Linke-Ufer 21, 10999 Berlin).

Es informiert **Kirsten Bagusch-Sauermann,** SenIAS, Leitung Arbeitsmarktpolitik und ordnungspolitische Fragen der beruflichen Bildung. Es diskutieren **Oliver Nöll,** stellvertretender Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Arbeit in Friedrichshain-Kreuzberg (DIE LINKE), **Jana Wömpner,** Abteilung Recht und Vielfalt beim DGB-Bundesvorstand sowie Vertreter*innen von Gewerkschaften, Unternehmen und Beschäftigte. Sie sind herzlich eingeladen!

BITTE UNTERSTÜTZE DIE LINKE IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG AKTIV!

Mitglied werden unter www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden

Spenden an DIE LINKE LV Berlin
IBAN: DE59 100708480525607803
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:
Redaktionsschluss: 21. April 2023
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87
www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/DIELINKE.FK
Instagram: @dielinke.fk
info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.), Damiano Valgolio

Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de